

USA VERHÄNGEN HANDELSZÖLLE STARTSCHUSS ZUM HANDELSKONFLIKT 2.0

- US-Präsident Donald Trump hat beschlossen, ab dem 4. Februar 2025 Zölle zu verhängen:
 - 25% auf Importe aus Kanada und Mexiko
 - 10% auf Importe aus China
- Die betroffenen Staaten kündigen Gegenmassnahmen an und signalisieren Verhandlungsbereitschaft
- Eine Verhandlungslösung wäre auch im Interesse der US-Unternehmen
- Obwohl die Handelszölle schon lange angekündigt worden sind, dürfte dies zu kurzfristigen Irritationen am Markt führen
- Grundsätzlich besteht weiterhin ein positives Umfeld für Aktien und die Anlagepositionierung wird dementsprechend beibehalten

US-Präsident Donald Trump hat beschlossen, ab Dienstag, den 4. Februar 2025 Zölle in Höhe von 25% auf Importe aus Kanada und Mexiko sowie weitere Zölle in Höhe von 10% auf Importe aus China zu erheben. Als Reaktion auf die Ankündigung der USA kündigte der kanadische Premierminister Justin Trudeau Gegenzölle in Höhe von 25% an und auch die mexikanische Regierungschefin Claudia Sheinbaum versprach Vergeltungszölle. Das chinesische Handelsministerium wiederum kündigte in einer Erklärung «angemessene Gegenmassnahmen» an, ohne diese näher zu erläutern, und versprach, eine Beschwerde bei der Welthandelsorganisation einzureichen. Gleichzeitig signalisierte die chinesische Regierung Interesse an der Aufnahme von Verhandlungsgesprächen.

Die Importzölle dürften den USA in erster Linie als Druck- und Verhandlungsinstrument dienen, um den Zustrom von Immigranten und Drogen in die USA einzudämmen. Bleiben die Handelshemmnisse auf diesem hohen Niveau über einen längeren Zeitraum bestehen, müssen auch die USA mit negativen Auswirkungen auf Wachstum und Inflation rechnen. Derzeit kann US-Präsident Trump aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke verhandeln. Im Gegensatz zum lauen kanadischen Arbeitsmarkt vermitteln die konjunkturellen Frühindikatoren in

den USA den Eindruck von Stärke. Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung der nordamerikanischen Nachbarn werden die Zölle für viele US-Unternehmen direkte Kosten verursachen. Insbesondere für Automobilhersteller, die Fahrzeugteile in Kanada oder Mexiko fertigen. Der starke US-Dollar, steigende Ölpreise und fallende Aktienmärkte werden dem US-Präsidenten jedoch zeigen, dass er nicht beliebig Druck ausüben kann und ihn zu Verhandlungen veranlassen.

Keine Veränderungen bei der Positionierung

Trotz der Handelskonflikte rechnen wir weiterhin mit einem moderaten globalen Wachstum. Dies ist grundsätzlich ein positives Umfeld für Aktien, auch wenn die Importzölle kurzfristig für Irritationen an den Finanzmärkten sorgen werden. Derzeit läuft die Berichtssaison für das abgelaufene Quartal. Wie von uns erwartet, überraschen die Unternehmen überwiegend positiv. Vor allem in den USA zeichnet sich erneut ein hohes Gewinnwachstum ab.

Rechtlicher Hinweis

Alle Informationen wurden sorgfältig zusammengestellt und stammen aus Quellen, die von der TKB als verlässlich betrachtet werden. Für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität wird dennoch keine Gewähr übernommen. Informationen und Meinungen können jederzeit und ohne vorgängige Ankündigung ändern. Informationen zu Kurs- oder Preisentwicklungen sind historische Daten und kein Garant für eine positive Entwicklung in der Zukunft. Die TKB haftet nicht für allfällige Verluste oder direkte und indirekte Schäden, die sich aus der Verwendung dieser Informationen ergeben.

Die bereitgestellten Informationen sind nicht rechtsverbindlich. Die Publikation stellt weder ein Angebot noch eine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten dar. Sie ist weder Prospekt gemäss Artikel 35 ff. FIDLEG noch das Resultat einer objektiven und unabhängigen Finanzanalyse. Die «Richtlinien zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Finanzanalyse» der Schweizerischen Bankiervereinigung finden auf die vorliegende Publikation keine Anwendung. Basisinformationen und Prospekte zu den Finanzanlageprodukten sind bei den Beraterinnen und Beratern der TKB erhältlich.

Die Publikation richtet sich nicht an Personen, deren Nationalität oder Wohnsitz den Zugang zu solchen Informationen aufgrund der geltenden Gesetzgebung verbietet.